

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-293
Verlag: Donhoff 2506-2507

Mittwoch, den 28. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkontos: Berlin 375 36 - Bankkontos: Direktion
der Distrikto-Gesellschaft, Postkontos: Lindenstraße 3

Kanzlerkandidat Stegerwald.

Der christliche Gewerkschaftler als Schildträger des Bürgerblocks.

Der Reichspräsident hat gestern in später Abendstunde den Zentrumsabgeordneten Adam Stegerwald empfangen, der von den Parteien des Bürgerblocks als Kanzlerkandidat genannt wurde. Einen Auftrag zur Regierungsbildung hat Stegerwald noch nicht erhalten, doch ist damit zu rechnen, daß ein solcher Auftrag im Laufe des heutigen Tages erteilt wird.

Das Zentrum hatte nach dem Sturz Stresemanns zunächst dem Reichspräsidenten und der Öffentlichkeit versichern lassen, daß auf keinen Fall aus seinen Reihen der neue Kanzler gestellt werden könne. Und als der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte frühere Reichsfinanzminister Albert auch um die Mitwirkung von Zentrumsleuten warb, ließ es öffentlich verkünden, daß Mitglieder des Zentrums nur unter ausdrücklicher Billigung der Fraktion einen Ministerposten übernehmen dürfen.

Jetzt plötzlich taucht Adam Stegerwald, der Vielgeschätzte, aus der Verlebung auf. Jetzt plötzlich ist er von der eigenen Fraktion autorisiert, das Kanzleramt und damit die Bildung der Bürgerblock-Regierung zu übernehmen. Der Beschluß der Deutschnationalen, daß sie grundsätzlich mit einer Regierung Stegerwald einverstanden seien, drückt diesem Kabinett, wenn es wirklich zustande kommt, von vornherein den deutlich sichtbaren Stempel auf: Es wird ein „antimarkistisches“ Kabinett sein, das heißt, seine Front wird sich gegen die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft richten. Und daß ein sogenannter Arbeiterführer dieser Regierung der Bourgeoisie seinen Namen leihen muß, ist mehr als ein Treppenhohl der Weltgeschichte. Der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Generalsekretär Adam Stegerwald noch immer ist, hat — trotz Stegerwald — mit den freien Gewerkschaften und den liberalen Gewerksvereinen (S.D.) wiederholt in einer Abwehrfront gegen politische und soziale Reaktion gestanden. Jetzt soll das Licht des „christlich-nationalen“ Stegerwald plötzlich der Regierung der Deutschnationalen vorleuchten, sein Arbeiter-Kame soll das Feigenblatt für die offene Reaktion bieten!

Wenn der Reichspräsident auf den Vorschlag eingehen sollte, der ihm von den bürgerlichen Parteien gemacht wurde, so würde er freilich nur verfassungsmäßigen Pflichten folgen, die ihn nötigen, einen Reichskanzler zu ernennen, der eine parlamentarische Mehrheit des Vertrauens aufbringen kann. Der Versuch könnte, ja muß vielleicht gemacht werden, wenn Stegerwald glaubt, seiner eigenen Partei und der mit ihr im Bürgerblock vereinigten Parteien als Gefolgschaft sicher zu sein. Wie sich die Sozialdemokratie zu einer Regierung stellt, deren Spitze sich ostentativ gegen soziale Tendenzen in der Reichspolitik richtet, bedarf keiner Darlegung.

Die Politik Adam Stegerwalds ist aus seiner Tätigkeit als Preussischer Ministerpräsident hinlänglich bekannt. Zehn Monate etwa hat er nach den letzten preussischen Landtagswahlen die Minderheitsregierung von Zentrum und Demokraten geführt. Mit welchem Erfolge, davon wissen die preussischen Parlamentarier ein Lied zu singen. Die von ihm geführte kleinste Koalition ging in die Brüche, als sogar die Demokraten ihre Minister aus seinem Kabinett abberiefen. Erst als die Sozialdemokratie wieder in die preussische Regierung eintrat, wurde das Unglück, das von Stegerwald-Dominicus angerichtet war, einigermaßen wieder behoben. Es ist begreiflich, daß die Deutschnationalen jetzt auch den Kopf der preussischen Großen Koalition fordern. Und es wird nur das System Stegerwald beleuchten, wenn diese Forderung Erfolg haben sollte.

Das Zentrum hat der deutschen Republik den bisher populärsten Kanzler in Josef Wirth gestellt. Es ist jetzt im Begriff, ihr den unpopulärsten in Adam Stegerwald zu bieten und damit auch öffentlich zu dokumentieren, welche Wandlung sich im deutschen Bürgertum seit dem Bestehen der Verfassung von Weimar vollzogen hat.

Die „Germania“ hält es für nötig, den Deutschnationalen Sekundäntendienste zu leisten, indem sie der „Deutschen Tageszeitung“ bestätigt, der Reichspräsident habe sich ins Unrecht gesetzt, da er es veräumt, die Deutschnationale Volkspartei mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Der Einwand des „Vorwärts“, eine Reichskanzlerschaft Hergis würde von den Mittelparteien abgelehnt worden sein, sei nicht stichhaltig. Vielleicht erinnert sich das Zentrumsblatt daran, auf welchen Widerstand die Kandidatur des den Deutschnationalen nahestehenden Herrn Jarres in

ihren eigenen Reihen stieß, weil er sich zu sehr auf ein deutschnationales Programm festgelegt hat.

Wenn die „Germania“ mit ihren Bedenken recht hätte, so hätten Bürgerliche und Deutschnationalen jetzt die beste Gelegenheit, dem Reichspräsidenten zu beweisen, daß sein Weg der falsche war. Minister a. D. Albert hat den Bürgerlichen den Gefallen getan, zugunsten eines ihnen genehmen Kandidaten zu verzichten. Man hätte nach dem großen Geschrei, das die Bürgerlichen wegen der „Eigenmächtigkeit“ des Reichspräsidenten erhoben, annehmen sollen, daß nunmehr ein bürgerlicher Kandidat sofort an das verwaiste Steuerhosenband sprang. Was geschieht stattdessen? Zunächst trat wieder jener Herr Jarres als Verlegenheitskandidat in Erscheinung, der jedoch noch an den Widerständen der Mittelparteien gescheitert war, und die „Deutsche Tageszeitung“ attestiert ihm ausdrücklich, daß er bei der Deutschnationalen Volkspartei den meisten Anklang finden werde. Wie kommt es, daß Herr Jarres trotzdem wieder in der Person verschwindet und das Zentrum an seiner Stelle Adam Stegerwald präsentiert, was die „Deutsche Tageszeitung“ als Querkreuzerei bezeichnet? Hier stimmt offenbar etwas nicht, und man wird kaum fehl gehen, wenn man den Schlüssel zu der Situation in einer Mitteilung der „Germania“ sucht, nach der das Zentrum als Voraussetzung für Unterhandlungen mit den Deutschnationalen von diesen bestimmte Erklärungen verlangt, die sich auf deren Stellung zur Verfassung, auf die Rechtsgültigkeit des Versailler Vertrages und auf die Politik dem Rheinlande gegenüber beziehen, sowie eine weitere Erklärung über die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen bezüglich der Bekämpfung der illegalen Verbände und der Fortführung der allgemeinen Politik im Rahmen des Stresemannschen Programms. Wie die „Germania“ sagt, hat Herr Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei es übernommen, den Deutschnationalen diese Forderungen vorzulegen. Auch die Demokraten haben sich dem angeschlossen. So war die Lage in den Mittagsstunden. Die Deutschnationale Fraktion, die diese Gewissensfragen kaum erkannt haben dürfte, hatte reichlich Zeit, eine Antwort zu erteilen. Das einzige Lebenszeichen, das die Deutschnationalen bis in die Abendstunden von sich gaben, waren zwei Dementis. Im ersten wird geleugnet, daß die Deutschnationale Volkspartei die Bedingungen des Zentrums angenommen habe, im zweiten wird gesagt, es hätten keine Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen über die Nichtigkeitsklärung des Versailler Vertrages und über eine Umgestaltung der großen Koalition in Preußen stattgefunden. Eine klare Antwort wird also vermieden. Auch die um 10 Uhr abends herausgegebene Erklärung der Deutschnationalen, die wir an anderer Stelle wiedergeben, spricht nur von „aussichtsreichen Verhandlungen“, nicht aber von der Stellungnahme zu den Zentrumsforderungen.

Es ist anerkennenswert, daß das Zentrum durch seine Anfragen die Deutschnationale Volkspartei endlich zwingt, Farbe zu bekennen. Damit legt es vor aller Öffentlichkeit klar, welches die Voraussetzungen für eine verantwortliche Teilhaberschaft der Deutschnationalen an der Regierung sind. Bisher haben die Deutschnationalen keine von den Voraussetzungen erfüllt. Eine Klarstellung in dieser Richtung war demnach die Pflicht der bürgerlichen Mittelparteien gleich zu Beginn der Regierungskrise, als sich die Deutschnationalen in den Vordergrund zu drängen versuchten. Indem sie das veräumten und ihr eigenes Unvermögen zur Lösung der Krise bewiesen, zwangen sie den Reichspräsidenten, auf den Ausweg eines neutralen Beamtenkabinetts zurückzugreifen. Nun nachträglich dem Reichspräsidenten daraus einen Vorwurf zu machen, ohne auch jetzt eine feste Lösung in Händen zu haben, das ist nicht nur unartig, sondern auch unlogisch und unklug. Auf diese Weise kommt man dem Ziel nicht näher, man begibt sich lediglich in die Reihe der Totengräber des Parlamentarismus.

Das „Berliner Tageblatt“ und die „Zeit“ kommen auf den etwas abgegriffenen und wenig geistreichen Einfall, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie verfolge in dieser Krise. Als ob die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratische Partei jederzeit bereit ist, die Verantwortung mit zu übernehmen, nicht bis zum Ueberdruß wiederholt worden wären und als ob es nicht allgemein bekannt wäre, daß bei der Volkspartei und im Zentrum in letzter Zeit jene Kreise übermächtig wurden, die die deutschnationale Parole „Los vom Marxismus“ nicht laut genug verkünden konnten! Die Marxistische Sozialdemokratische Partei hat durchaus nicht den Ehrgeiz, der Spaltplatz der Bürgerlichen zu sein. Die Bürgerlichen mögen also zeigen, daß sie auch ohne

die Begleitmusik vom alles zerstörenden Marxismus tanzen können.

Die Separatisten im Rheinland bekommen aus dem Reich frischen Wind in ihre Segel. War es bisher auffällig, daß die Deutschnationalen so hartnäckig auf eine Preisgabe der besetzten Gebiete hinarbeiteten, so nimmt jetzt der „Tag“ in dieser Frage eine Stellung ein, die auf die deutschnationale Politik ein eigenartiges Licht wirft. Das Blatt begründet die Forderung einer Befreiung der großen Koalition in Preußen u. a. mit folgendem Argument:

„Außerdem würde, wenn sich eine Sonderstellung des besetzten Gebietes in irgendeiner Art ergeben würde, eine parlamentarische Machtverschiebung nach rechts (in Preußen. Anm. d. Red.) herbeigeführt werden.“

Das deutschnationale Blatt scheut sich also nicht, aus parteitaktischen Gründen auf die Loslösung der besetzten Gebiete zu spekulieren. Das erklärt manches in der Haltung der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion gab nach ihrer Fraktionsitzung, die sich bis um 110 Uhr hinzog, folgende Erklärung an die Öffentlichkeit heraus:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat durch einen Beschluß die Grundlage für aussichtsreiche Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft der Mitte geschaffen. Die Verhandlungen wegen Begründung eines Bürgerblocks schweben mit Aussicht auf Erfolg. Die Fraktion erklärt sich grundsätzlich mit einem Kabinett Stegerwald einverstanden. Die Deutschnationalen erstreben dabei entschieden die Herstellung einer bürgerlichen Koalition in Preußen mit genügend deutschnationalen Einschlag. Die Verhandlungen mit den anderen Parteien sollen fortgesetzt werden, es ist möglich, daß noch im Laufe des Abends mit dem Reichspräsidenten verhandelt wird.“

Keine Einwirkung Seedts auf Dr. Albert.

W.B. meldet: Der „Lokal-Anzeiger“ behauptet, General v. Seedt habe am Dienstagvormittag den Reichsminister a. D. Dr. Albert aufgesucht und mit ihm die Lage besprochen. Das Blatt knüpft daran die Vermutung, daß diese Aussprache den Beschluß Dr. Alberts, seinen Auftrag zurückzugeben, zu fördern angehen gewesen wäre. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entsprechen beide Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen.

Dieses Dementi war notwendig und ist in seiner Entschiedenheit begrüßenswert, denn es zerstört eine für das Ansehen sowohl der Reichswehr wie der deutschen Republik sehr abträgliche Legendenbildung. Seit Wochen wird nämlich von reaktionärer Seite in den Räumlichkeiten des Reichstages mit der Behauptung operiert, die Reichswehr verlange dies, General v. Seedt lehne jenes ab usw. Wenn man unter Militarismus den unbefugten Einfluß der Wehrmacht in die politische Führung eines Staates versteht — und das ist es, was die ganze Welt früher mit Recht dem preussischen Militarismus vorwarf und was sich seit Kriegsende in Frankreich immer deutlicher bemerkbar macht —, dann würde dies eine Revuefuge des alten Militarismus in der deutschen Republik bedeuten haben.

Eines der Hauptargumente, mit denen in rechtsgerichteten Kreisen des Reichstages operiert wurde, um die bürgerlichen Mittelparteien zum Bruch der Großen Koalition zu veranlassen, war z. B., daß das Ausschleiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung „für die Reichswehr eine wesentliche Entlastung“ bedeuten würde. Auch nach dem Austritt der „marxistischen“ Regierungsmitglieder wurde ja von deutschnationaler Seite behauptet, die Reichswehr wolle keine parlamentarische Regierung mehr dulden, und Herr Hergt soll damals diese Auffassung sogar in sehr drastischer Form dem Dr. Stresemann übermitteln haben. Neuerdings wurde die Möglichkeit einer Wiederherstellung der alten Wirth-Koalition mit der Versicherung bekämpft, „die Reichswehr würde so etwas nicht mitmachen“.

Die vom „Lokal-Anzeiger“ gestern aufgestellte Behauptung einer Einwirkung Seedts auf Dr. Albert sollte nun offenbar dem gleichen Zweck dienen: die Reichswehr gegen die Befassung (in diesem Falle auch gegen den Reichspräsidenten) auszuspielen und auf die ängstlichen Gemüter in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft einen Druck ausüben. Es ist übrigens für die Dreifaltigkeit der reaktionären Clique bezeichnend, daß sie es heute wagen kann, derartige Dinge öffentlich zu behaupten, die eine der schlimmsten Beleidigungen darstellen, die man der Reichswehr und ihrem Chef zufügen kann. Bisher hatte man das in der Form von unkontrollierbaren Gerüchten getan, die in den Wandelgängen des Reichstages weitergetragen wurden. Jetzt werden solche ehrenrührigen und alarmierenden Behauptungen sogar gedruckt!

Indessen hat das offenbar vom General v. Seekt selbst stammende Dementi diesen Treiberen einen Riegel vorgeschoben. Hoffentlich werden die reaktionären Gerüchtmacher es sich gesagt sein lassen, daß sie nicht auf den Chef der Heeresleitung rechnen können, um ihre Diktaturpläne zu verwirklichen oder um ihnen unbequeme Regierungsabänderungen zu verhindern.

Bei diesem Entschluß wollen wir an die kategorische Erklärung erinnern, die Dr. Gehler am 30. Juli d. J. als Antwort auf eine Anfrage des „Vorwärts“ durch B. B. verbreiten ließ:

„Ich verbitte mich in der Tat für den unbedingt Gehorsam der Wehrmacht gegenüber jeder verfassungsmäßigen Reichsregierung. Möge diese Erklärung nun aber auch wirklich, wie der „Vorwärts“ es voraussetzt, den sophistischen Gemütern besorgter Republikaner genügen und zur innerpolitischen Entspannung beitragen!“

Diese Erklärung, die damals zweifellos im Einvernehmen mit dem Chef der Heeresleitung abgegeben wurde, gilt ebenso zweifellos nach dem Ausscheiden Dr. Gehler aus dem Amte und besonders in einer Zeit, wo der Chef der Heeresleitung mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist. Das obige Dementi liegt ganz in der gleichen Linie. Und wir sind überzeugt, im Sinne des Oberbefehlshabers zu sprechen, wenn wir hinzufügen, daß die Version, wonach die Reichswehr bei einer Neuausgabe der Wehrverfassung „nicht mitgemacht“ hätte, eine bössartige Unterstellung war.

Beratung des Parteiausschusses.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß trat gestern, Dienstag, vormittags, zu einer Sitzung zusammen, in der nach Erledigung einiger organisatorischer Fragen Genosse Hermann Müller ein Referat über die Reichspolitik hielt. In der anschließenden Debatte wurden die Zustände in Bayern, Sachsen und Thüringen und die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend behandelt. Zur Regierungsfrage wurde ein Beschluß nicht gefaßt, da nach der Haltung der bürgerlichen Parteien die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nicht gegeben sind. Die Debatte ergab, daß die große Mehrheit des Parteiausschusses mit der Haltung der Fraktion gegen das Kabinett Stresemann einverstanden war. In der Fortsetzung der Beratungen teilte Genosse Wels mit, welche Schritte der Parteivorstand unternommen hatte, um Dr. Zeigner zu veranlassen, die Behauptungen zu beweisen, die er auf dem Berliner Parteitag ausgestellt hatte: „Im Nero-Klub wurde mir manches über die moralische Korruption in Berliner Parteikreisen mitgeteilt, was mich mit Entsetzen erfüllte.“ Der Parteiausschuß stellte fest, daß Dr. Zeigner auf wiederholte Aufforderungen diese Behauptungen weder aufrechterhalten noch beweisen habe.

Weiter beschäftigte sich der Parteiausschuß in längerer Aussprache, die durch ein ausführliches Referat des Genossen Wels eingeleitet wurde, mit der in der Partei bestehenden organisierten Opposition. Im Anschluß an das Referat des Genossen Wels wurden folgende Resolutionen vorgelegt:

1. Der Parteiausschuß erklärt das Bestehen und die Förderung geschlossener oppositioneller Organisationen innerhalb der Partei und das Bestehen eines besonderen Organs mit besonderen parteipolitischen Tendenzen für unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Parteeinheit und fordert den Parteivorstand auf, dagegen mit allen zweckdienlichen Mitteln einzuschreiten.

2. Der Parteiausschuß beschließt, das im Referat des Genossen Wels enthaltene Material den Bezirken zugänglich zu machen.

3. Das Organisationsstatut der Partei regelt die Zuständigkeit der Parteioptionen und ihrer Instanzen sowie der Fraktionen der Partei in den Parlamenten.

Mit diesen Bestimmungen des Statuts der Gesamtpartei dürfen die statutarischen Bestimmungen der Bezirke nicht im Widerspruch stehen.

Konrad Ferdinand Meyer.

Von Dr. Heinrich Tschner.

Der neuzeitliche Meister der historischen Novelle, dessen Todestag sich heute zum fünfzigjährigen Male jährt, war schon ein stattlicher Vierziger, als er mit seinem ersten größeren Werk, der Erzählung „Huttens letzte Tage“, hervortrat. Die erste Hälfte seines Lebens hatte er im geschützten Wohlstand lebende Sohn einer Züricher Patriziersfamilie im Mit- und Nachgenuss aller Schönheiten zumeist auf Reisen verbracht, die ihn mit Vorliebe nach Italien führten. So geschah langsam und allmählich der poetische Gestalter der Renaissance-Novellen, dieser spätgeriffene Edelritze am Baum tiefschauender Lebens- und Gesichtskenntnis. Und als die Stunde der Ernte gekommen war, da trat Konrad Ferdinand Meyer als ein Vollendeter, als eine in sich gefestigte Persönlichkeit auf den Plan. Sein Erstlingswerk „Huttens letzte Tage“ zeigt bereits Zug um Zug die scharf markierte Eigenphysiognomie des Künstlers: die stark hervortretende Stillfierung mit dem dazugehörigen Pathos, die verstandesklare Gliederung des Aufbaus mit der epigrammatischen Kürze des Stils, die Vorliebe für die „Nahmenergählung“ und daneben auch das geistvolle Spiel mit symbolischer Parallellierung. Dieses Ueberwiegen des Kunstverständnisses und die prunkende Form der Darstellung bestimmten Gottfried Keller, den anderen Großen, den Zürich der Weltliteratur geschenkt hat, die Arbeiten seines Nebenbuhlers als „Brotat“ zu bezeichnen. Und Brotat ist das Werk Konrad Ferdinands Meyers auch bis heute geblieben, wenigstens in dem Sinne, als es nur von Seiten gewürdigt werden kann, die für sein abschattierte Forden und gedämpfte Läng eine wählereiche Vorliebe haben und empfänglich sind für den Reiz und die angedeutete Formenschnörkel dieser in einen kunstvoll geschmückten Rahmen gestellten, figurenreichen und plastisch gearbeiteten Stücke.

Mit den Geschnitten selbst der bewegtesten, verwickeltsten Vergangenheit wie mit denen der selbstdurchlebten Gegenwart aufs innigste vertraut, führt uns der Dichter nicht in das Leben hinein, sondern setzt sich und den Leser in eine objektive Distanz zu diesem Leben und stellt sich darüber, um es aus der Höhe zu betrachten. Der Gegenstand dieser Betrachtung ist die Kosmoswelt der Geschichte; es sind insbesondere die Riesengestalten der reich bewegten, eine historische Wende bezeichnenden Zeitepochen, wie Renaissance und Reformation. Hier bietet sich dem Scharfblick des Dichters die günstigste Gelegenheit, die Probleme der Zeit im Licht der realistischen Erfassung des Lebens zu enträtseln. Ihn reizte wie den ihm fernverwandten Schiller vor allem die „Ade“ zur poetischen Behandlung. Nicht um unmittelbare Erlebnisbilderungen oder Bekenntnisse persönlicher Lebensschicksale handelt es sich in seinen Reihernovellen „Jürg Jenatsch“, „Die Versuchung des Pescara“, „Der Heilige“, „Angela Borgia“. Es sind vielmehr Gedankenexperimente, symbolistische Gestaltungen und

Die Stellung der parteigenössischen Landtagsfraktionen und der Landesinstanzen zueinander entspricht nicht der Stellung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses zueinander.

Der Parteivorstand stellt daher fest:

Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landesparlamenten auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben. Beschlüsse von Parteiorganisationen oder Landesinstanzen der Partei haben für die Landtagsfraktionen die Bedeutung parteigenössischer Vorschläge und Gutachten, deren Würdigung und Berücksichtigung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt.

Für ihre Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen nur der Gesamtpartei verantwortlich.

Die Resolution Nr. 1 wurde gegen 8 Stimmen, der Antrag 2 gegen 5 Stimmen und der Antrag 3 gegen 6 Stimmen angenommen.

Der Parteiausschuß nahm weiterhin mit allen gegen fünf Stimmen die folgende Entschliessung an:

„Die kommunistische Partei Deutschlands bereitet auf Befehl der Moskauer Zentrale den gewaltsamen Angriff auf die republikanische deutsche Verfassung vor. Die Sozialdemokratische Partei, die den Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Verfassung durchführt, lehnt daher jede organisatorische und politische Vereinbarung mit der KPD ab. Der Parteiausschuß erwartet, daß alle Organisationen im Reich dementisprechend handeln.“

Wer stört die Ruhe und Ordnung?

Dresden, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Im sächsischen Landtag entwickelte sich am Dienstag bei der Erledigung mehrerer Anträge über das Verhalten der Reichswehr in Sachsen eine außerordentlich erregte Debatte. Die Mehrheit der Abgeordneten war von der Schilderung dokumentarisch belegter Ausschreitungen der Reichswehr sichtlich bewegt. Innenminister Riehmann betonte, die letzte Zeit sei gekennzeichnet durch eine ununterbrochene Kette von Übergriffen der Reichswehr. Zahlreiches Material, das sich auf amtliche Feststellungen gründe und einen grauenhaften Einblick gebe, lasse den Hof besonders der schwarzen Reichswehr gegen linksgerichtete Bevölkerungskreise erkennen. Diesem Hof sei in entsetzlichen vielen Fällen in geradezu unglaublicher Weise Ausdruck gegeben worden. Die Regierung habe versucht, mit allen Mitteln gegen die Ausschreitungen vorzugehen. Sie sei aber, solange der Ausnahmezustand andauere, nicht in der Lage, für die Taten der Reichswehr die Verantwortung zu übernehmen. Die sächsische Regierung werde nachdrücklich in Berlin vorstellig werden.

Im Anschluß an die Ausführungen des Innenministers nahm Kultusminister Fleißner das Wort, der unter anderem den Brief eines alten verdienten Schullehrers vorlas. Dieser schildert in der erschütterndsten Weise seine Verhaftung und seine Erlebnisse während der Haft. Er hätte sich geglaubt, so schon der Minister seine Ausführungen, daß in einem Kulturlande und in diesem Jahrhundert so entsetzliche Willkürakte möglich sind.

Im Gegensatz zu unserer gestrigen Meldung merkt U., daß nicht sämtliche auswärtige Truppenteile aus Sachsen zurückgezogen werden.

Kahr, Knilling und der Oberreichsanwalt.

München, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf das erste nach München gerichtete Verlangen des Oberreichsanwalts am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, die des Hochverrats vom 8. November begünstigten Personen zu verhaften und nach Leipzig in Untersuchungshaft einzuliefern, wurde von der zuständigen bayerischen Behörde gestantwortet, daß man die Verhaftung nicht durchführe, weil Kahr durch die seinerzeit von ihm erlassene Verordnung die Republikungesetze für Bayern außer Kraft gesetzt habe und so für den Hochverrat vom 8. November nur die bayerischen Volksgerichte zuständig seien. Der Oberreichsanwalt hat aber

diesem Standpunkt seine Anerkennung versagt und neuerdings an Bayern das Ansuchen der Verhaftung und Einlieferung der Hochverräter nach Leipzig gestellt. Daraufhin hat Herr v. Kahr dem Oberreichsanwalt in der bekannten Verkaufsbearbeitung vom letzten Samstag eine öffentliche Antwort erteilt. Der Reiz dieser Antwort besteht darin, daß sie ohne jede Verständigung mit der bayerischen Regierung gegeben wurde, was von neuem das Verhältnis zwischen Generallandschaftsamt und Regierung charakterisiert.

Die „Münchener Post“ wieder erschienen.

Die sozialdemokratische Presse unter Kahr's Knebel.

München, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Post“ ist am Dienstag zum erstenmal wieder erschienen, wobei sie die eine der von der Polizeidirektion gestellten Bedingungen, die über die Borgensur, erfüllt hat. Ueber die Summe der Kautions von 5000 Goldmark wird noch verhandelt, nachdem die Organisationen der Verleger und Redakteure durch ein gemeinsames Schreiben an die bayerische Regierung (nicht an das bayerische Generallandschaftsamt!) den Weg hierzu geebnet haben.

Die anderen sozialdemokratischen Zeitungen in Bayern sind am Dienstag noch nicht erschienen, da die Anordnung des Generallandschaftsamts erst im Laufe des Vormittags in die Hände der Provinzialbehörden gekommen ist. Die Aufhebung des Verbots war in Nürnberg bereits am Montag mittag bekanntgemorden. Die „Fränkische Tagespost“ wurde daraufhin sofort beim Polizeipräsidenten vorstellig, um die gegen sie beabsichtigten Auflagen zu erfahren. Unsere Genossen bekamen den Bescheid, die „Tagespost“ dürfe erstens nicht mehr „hebersch“ schreiben, wobei eine genaue Definition dieses Begriffes abgelehnt wurde, zweitens müsse wahrscheinlich auch eine Kautions von 5000 oder 10000 Goldmark verlangt werden, was allerdings eine ungewöhnliche Härte darstelle, weshalb das Polizeipräsidentium noch einmal mit München Rücksprache nehmen wolle. Daraus geht hervor, daß Herr v. Kahr den Vollzugsbehörden nicht nur die Ermächtigung erteilte, die sozialdemokratische Presse wieder erscheinen zu lassen, sondern ihnen gleichzeitig auch die Garantien vorschrieb, die sie von den Verlegern zu fordern hatten.

Der Fall Zeigner.

Dresden, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag nahm am Dienstag einstimmig einen vollparteilichen Antrag an, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Amtstätigkeit des früheren Justizministers Dr. Zeigner und über die Führung der Strafuntersuchung vorstellig. Justizminister Neu wandte sich während der Beratung des Antrages in längerer Rede gegen den vollparteilichen Abgeordneten Dr. Koller und erklärte, daß die Regierung nicht gegen die Vorlegung der Akten, die mit den Verordnungen Zeigners im Zusammenhang stehen, einzutreten habe. Vielmehr werde die Regierung in der Handhabung der Rechtskraft wie bisher, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf politische Auffassungen, verfahren.

Eine kommunistische Demonstration in Berlin. Die in den gestrigen Abendstunden geplante Demonstration der Kommunisten im Lustgarten kam nicht zur Auswirkung. Etwa 3000 bis 4000 zum Teil jugendliche Demonstranten hielten wohl einige Zeit den Platz vor der Museumsstrasse besetzt, wurden aber bald von der Schupo in einzelne Seitenstraßen abgedrängt. Herumfahrende Panzerautomobile sowie Streifen von Polizeideamanten unterdrückten jede Ansammlung. Ein aus Neukölln kommender Demonstrationstrupp wurde bereits in der Neuen Hofstraße aufgelesen, wobei größere Zwischenfälle vermieden wurden. Auch in anderen Stadtteilen, wo sich schwache Trupps von Demonstranten bildeten, konnte die Schupo ihre Auflösung erwirken. Nach der Demonstration gingen die Teilnehmer in größeren oder kleineren Trupps auseinander. Zu einem schweren Zusammenstoß kam es dabei in der Hofstraße, wo eine größere Ansammlung den Anordnungen der Polizei Widerstand leistete. Drei Beamte wurden verletzt, darunter einer schwer. Der verletzten Demonstranten konnte man nicht habhaft werden. Ingesamt hat die Schupo nach den bisherigen Meldungen 77 Personen festgenommen, unter denen sich die kommunistische Landtagsabgeordnete Rosi Wolffstein befindet.

Gefühlsausstrahlungen der brennenden Sehnsucht nach größeren Verhältnissen und gewaltigeren Menschen, als sie die Gegenwart bietet. Und diesem großen Gehalt der Dichtung entspricht die beherrschende Kraft der Darstellung, die bei aller großzügigen Pathetis stets in den Grenzen der realistischen Erfassung des Lebens bleibt. Dabei arbeitete Konrad Ferdinand Meyer keineswegs leicht; er rang vielmehr mit seinem Stoff, den er immer und immer wieder überdachte und bearbeitete. Seine Liebe zur Vollendung nennt er das und er gesteht, daß es ihm „ein Genuß ist, immer wieder den vollendeten Genuß zu suchen“.

Diese auf beherrschende Gedankenarbeit und wichtige Schwere des Ausdrucks eingestellte Eigenart spiegelt sich so scharf wie in den Erzählungen auch in der tief nachbunkelnden Farbenabildung der Gedichte wider, die über den historischen Erzählungen nur zu oft vergessen werden. Die knappe Gedrungenheit des Ausdrucks kommt im besonderen Grade seinen Balladen zustatten. Nicht Schemen einer sinnlich-über sinnlichen Welt, wie sie uns die altenglische Ballade vor Augen zaubert, sondern Helten der Tat, des Glaubens, der Kunst sind es, die seine Balladen zu erneuter Realität und Wirkung erwecken. So wurde Meyer in der Karen Erkenntnis, daß die Ballade mehr als eine versifizierte Anekdote sein müsse, daß sie erst die Intenität des dichterischen Welterlebens zum Kunstwerk formen könne, auch der Erneuerer der deutschen Balladendichtung.

Kaufertlich vertief sein Leben in ruhigem Gleichmaß, das nur durch häufige Reisen unterbrochen wurde. Am 11. Oktober 1825 als Sohn des auch als Geschichtsschreiber bekannten Schweizer Regierungsrats Ferdinand Meyer geboren, wurde der Dichter in der französischen Schweiz erzogen und studierte dann in Zürich die Rechte, ohne aber von der Jurisprudenz gefesselt zu werden. Als Autodidakt betrieb er dann Geschichtsstudien, die ihm den Reichtum an historischen Anschauungen und Kenntnissen vermittelten, der seinen Dichtungen das eigentümliche Gepräge gibt. In Külsberg bei Zürich, wo er geboren war, ist er am 28. November 1898 gestorben.

Rußland im Banne der Malaria.

In den letzten Monaten von 1922 brachten Hungerrückfälle, die von Turkestan nach dem Wolgatal und vom Kaukasus nach Südrussland und der Ukraine zurückkehrten, die tropische Malaria mit. Diese Tatkunde, die damals unbenutzt blieb, wird einen größeren Einfluß auf die Geschichte Russlands führen, dem im Altertum das babylonische Reich und Griechenland führten, der im Altertum das babylonische Reich und Griechenland erlagen.

Mit diesen Worten beginnt der ärztliche Vortag der englischen Untersuchungskommission im südöstlichen Rußland, Melville D. Radcliffe, einen aufsehenerregenden Aufsatz, den er in der „Times“ veröffentlicht. Er lenkt damit die Aufmerksamkeit auf eine neue furchtbare Gefahr, die das bereits so schwer heimgesuchte Rußland bedroht.

„In der Zeit der Hungerrückfälle“, schreibt er, „zogen Tausende nach Turkestan, wo es noch Getreide gab. Dort herrschte die tropische Malaria, und die rückkehrenden Flüchtlinge infizierten die bis dahin ungeschädigten Moskito-Schwärme von Südrussland mit der Krankheit, so daß sich die Malariaepidemie über ein Gebiet von Kaschinnomgorod und Moskau im Norden, Rumänien im Westen und dem Schwarzen Meer im Süden ausbreitete. Nach glaubwürdigen Statistiken, die aus nicht russischen Quellen stammen, leiden durchschnittlich zwischen 60 und 70 Proz. an der Krankheit; in manchen Gegenden hat sogar 90 Proz. von ihr ergriffen. Bis 1922 war die tropische Malaria in Südrussland unbekannt, denn, obwohl der Ueberträger der Ansteckung, die Anophelesfliege, weit verbreitet war, konnte sie kein Unheil anrichten, weil sie selbst nicht vergiftet war. Heute ist Rußland eines der schlimmsten Malaria-Länder der Welt. Um die furchtbare Wirkung dieser Epidemie auf die Zukunft Russlands zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, das die Infektion eines Landes mit Malaria ein dauernder Zustand ist, der allmählich die Generationen der Bevölkerung schwächt, während Krieg und Revolution nur vorübergehende Schwächen sind. Die Wirkungen einer dauernden Heimtückung durch die Malaria sind über jede Vorstellung furchtbar. Die Lebenskraft nimmt ab unter den blauen, körperlich und geistig schlecht entwickelten Kindern, die nach der Geburt öfters angefaßt wurden, und die Erwachsenen sterben immer mehr dahin bei den häufigeren Wiederholungen der Krankheit, die leider nur wenig oder gar keine Immunität gegen neue Erkrankungen gewährt. Die Malaria aus Rußland zu vertreiben, wird außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein. Die Beseitigung der Moskito-Brut durch großzügige Entwässerungen ist bei der ungeheuren Größe des Gebietes und der verstreuten Bevölkerung ausgesetzt. Auch die Rüste ist durchaus kein Schutz, wie man annehmen sollte, denn in dem außerordentlich kalten Winter von 1922-23 haben die Moskitoen sich in den Häusern der Bayern eingeknistert und verbreitet. In diesen festverschlossenen Gebäuden, in denen große Hitze herrscht, ist die Wassertonne des Hauses, die sich meist in der Nähe des Ofens befindet, ein idealer Fortpflanzungsplatz für die Moskitoen. Die Umänderung der Bevölkerung erschwert jede Küstürung, von der man eine Bekämpfung der Plage erhoffen könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Malaria sich nach Nordrußland und Sibirien ausbreiten wird und daß die Rüste kein Hindernis dafür darstellt. Das Fehlen der Verste, die Unmöglichkeit, wirksame Quarantänemaßnahmen durchzuführen, begünstigen die Weiterverbreitung. Infolge der Dezentralisation, die durch die kühle Regierung herbeigeführt ist, fehlt jede Hilfe und einheitliche Maßnahme. Dabei wäre es zu Anfang möglich gewesen, durch die Errichtung von Quarantänelagern die Ausbreitung zu verhindern und die Erkrankten solange mit Chinin zu behandeln, bis sie keine Ansteckungsgefahr mehr geboten hätten. Aus einem gefunden Lande, von fröhlichen Bauern und Kofaten bewohnt, verwandelt sich Südrussland in ein gefährliches Malaria-Land, dessen Bewohner körperlich zurückgehen müssen, wie dies in Ägypten, in Babylon und im klassischen Griechenland der Fall war.“

In der Galerie S. Colver, Kurfürstendamm 233, sind die Winterausstellung am 29. November eröffnet. Sie zeigt Gemälden von Boris Korin und Gemälden von George Rossin.

Gewerkschaftsbewegung

„Goldlöhne.“

Die Unternehmer lehnen es ab, bei der Umstellung auf Goldlöhne das wirkliche Sinken des Goldpreises im Verhältnis zu den Warenpreisen, wie es in der Indexziffer der Lebenshaltungskosten zum Ausdruck kommt, zu berücksichtigen, weil man sich zunächst nach der „Wirtschaftslage“ der einzelnen Industrien richten müsse.

Darüber ließe sich reden, wenn die Unternehmer der Arbeiterschaft auch das Recht zugestehen würden, die Wirtschaftsführung mitzubestimmen. Aber gerade dagegen wehren sich die Unternehmer.

Am allgemeinen hängt die Wirtschaftslage ab von der Absatzmöglichkeit und von der Produktivität der Betriebe. Beide sind wieder abhängig von der Kaufkraft der Löhne. Wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit nicht in der Lage ist, die von ihr erzeugten Produkte zu kaufen, tritt eine Wirtschaftskrise ein. Wenn die Wirtschaftskrise dazu benutzt wird, um die unzureichenden Löhne noch weiter zu drücken, so daß der Arbeiter mit seinem Lohn nicht nur die von ihm erzeugten Produkte, sondern auch seine verbrauchte Arbeitskraft nicht zurückkaufen kann, dann sinkt die Produktivität der Industrie, ihre Konkurrenzfähigkeit geht immer mehr zurück. Das ist gegenwärtig die Situation der deutschen Industrie.

Entweder wird die deutsche Industrie immer mehr verfallen, oder man sucht einen Ausweg zum Aufstieg. Die Unternehmer, unter Führung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und der beiden letzten Regierungen, arbeiten an dem Verfall der Industrie. Bekannt ist der Versuch des Kabinetts Cuno, die Löhne zu „stabilisieren“. Bekannt ist auch die Behauptung des damaligen Reichsfinanzministers Brüning, die Löhne der deutschen Arbeiter gingen über die Friedenslöhne hinaus. Nun schreibt Dr. Röttgen, Leiter der Siemens-Schuckert-Werke, in der von uns bereits zitierten Nummer des offiziellen Organs der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände:

Einzelne Industrien haben sich schon ein Bild über die richtigen Löhne dadurch verschafft, daß sie rückwärts rechnend bis zum Jahre 1921 festgestellt haben, wie die Bezüge in Gold, nach dem Dollarkurs berechnet, jeweils gelegen haben. Es hat sich dabei ergeben, daß für die Facharbeiter für das Jahr 1922 und 1923 bis Ende Juli eine Lohnhöhe von etwas unter 25 Pf. zutrifft. Bis Mitte des Jahres 1921 lag allerdings die Lohnhöhe, in Gold berechnet, höher, etwa bei 35 Pf.

Damit ist der Schwindel von den hohen Löhnen der Arbeiter von einem prominenten Unternehmervertreter selbst aufgebläht. Wie aber denkt man sich bei solchen Hungerlöhnen die Absatzmöglichkeit und die Produktivität zu steigern? Im gleichen Artikel führt Dr. Röttgen den alten Trugschluß ins Feld, daß durch hohe Löhne nichts gebessert werde, weil man eben nicht mehr Waren kaufen könne als erzeugt werden.

Unser Esend kommt aber gerade daher, daß die erzeugten Waren nicht gekauft werden können. Die Unternehmer haben dadurch wohl einen augenblicklichen Gewinn, aber sie verkleinern sich damit auch ständig die Absatzmöglichkeit. Wenn so weiter gewirtschaftet wird, dann werden die Unternehmer bald ihre Industrieanlagen als altes Eisen ins Ausland verschleppen müssen.

Dr. Röttgen, der Ingenieur ist, sollte auch wissen, daß die in einem Lande erzeugte Gütermenge keine konstante Größe ist. Sie kann fast ins Unbegrenzte gesteigert werden. Voraussetzung ist allerdings einerseits die Absatzmöglichkeit, die auf die Kaufkraft der Arbeiterschaft beruht, andererseits die Produktivität der Betriebe, die ihrerseits zum wesentlichen Teil von einer Steigerung der Arbeitsleistung abhängt. Wie aber kann man diese steigern, wenn man Löhne zahlt, die nicht ausreichen, um des Lebens Notdurft zu decken!

Wir sind jetzt in einer kritischen und entscheidenden Periode der deutschen Wirtschaft eingetreten. Wenn bei dem Übergang zu Goldlöhnen das Hungererregungssystem der Marktentwertung sorgfältig und sorgsam stabilisiert werden sollte, dann wird die deutsche Industrie auf ihrem Stand der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen. Denn der Stand einer Industrie beruht auf dem Lebensstandard ihrer Arbeiterschaft. Da aber die Weltwirtschaft inzwischen um fünfzig Jahre weiter ist, wird sie über die deutsche Industrie zur Tagesordnung übergehen.

Wie steht's mit der Arbeitszeit?

Das Reichsarbeitsministerium gibt folgende Auskunft: „Nachdem die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten mit dem 17. November 1923 abgelaufen ist, gelten zurzeit wieder die Beschäftigungsbeschränkungen der Gewerleordnung. Die Beschränkungen der Verordnungen über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 und die des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage vom 17. Juli 1922 sind unberührt geblieben. Selbstverständlich bestehen auch die durch Tarif- und Arbeitsverträge geschaffenen Bindungen trotz des Fortfalls der gesetzlichen Bestimmungen weiter.“

Zunächst drängt sich hier die Frage auf, wieso man dazu kam, die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit einfach ablaufen zu lassen, bevor andere gesetzliche Bestimmungen in ihrem Sinne an ihre Stelle traten. Die ursprüngliche Absicht ging doch dahin, die Arbeitszeitverordnungen durch das Arbeitszeitgesetz zu ersetzen. Insbesondere das Reichsarbeitsministerium mußte für eine rechtzeitige weitere Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen, über den 17. November hinaus, Sorge tragen. Wie aus dem falschen Ablaufdatum in der Reichstagsdrucksache hervorgeht, sollten die Verordnungen bis Ende November verlängert werden. Es müssen sich also Kräfte geregt und verständnisvolles Entgegenkommen gefunden haben, die besondere Eile für den Ablauf der Arbeitszeitbestimmungen geboten erachteten, weil sie ein Interesse daran haben, zunächst den früheren vorkriegszeitlichen Zustand wiederherzustellen.

Das Unternehmertum hat einstweilen vollständig freie Hand und seine Interessenvertreter haben es mit der Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes nicht mehr besonders eilig. Die Arbeitnehmervertreter aber stehen bei den Beratungen eines Arbeitszeitgesetzes von vornherein unter dem Druck des gegenwärtigen Zustandes, der der Willkür der Unternehmer vollen Spielraum läßt.

Zu den Kämpfen um den Arbeitslohn werden der Arbeitnehmerkämpfe um die Arbeitszeit aufgezungen in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krise. Die durch den Papierlohnbeitrag auf Hungerration gesetzte Arbeitnehmerschaft soll die Erhaltung oder wenigstens Verbesserung ihres etwenden Lohnniveaus mit der Verlängerung ihrer Arbeitszeit erkaufen. Das kapitalistisch-ökonomische Gesetz: je länger der Lohn, um so länger die Arbeitszeit, soll wieder zur Geltung kommen. Im Bergbau und in der Metallindustrie wird damit der Anfang gemacht, um die Fortsetzung und volle Durchführung um so leichter zu gestalten. Doch wohl oder übel werden die Arbeitnehmer in diesen Dingen auch noch ein Wort mitreden. Je stärker unsere Organisationen mit um so größerem Nachdruck wird es gefordert werden können. Die Krise mahnt daher zur Selbstbesinnung, zur

Abkehr von der Bestrennungskampft. Der von „radikaler“ Seite als bedeutungslos hingestellte „reformistische“ Gewerkschaftskampf um künftige Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigt sich wieder in seiner vollen Bedeutung. Der Zwang der Dinge verpflichtet die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft zur Festigung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, nach innen wie nach außen. Die „Reitung“ kann nicht von der auf ein Va-banque-Spiel eingestellten Partei der SPD. kommen; die Arbeitnehmerschaft muß sich wieder vollständig auf dem Boden der gewerkschaftlichen Kämpfe zusammenfinden.

An die Mitglieder des Buchbinderverbandes!

Die beispiellose Hebe einiger Angestellten und Funktionäre der Organisation gegen die Verbandsleitung hat ein Eingreifen des Verbandsvorstandes zur Folge gehabt. Die Tendenz der unbedingten Streikerei, wie sie von den Kommunisten — ganz besonders im graphischen Gewerbe — in der letzten Zeit geübt und propagiert wurde, zeitigte einen Zusammenbruch nach dem letzten Kampf im Buchdruckgewerbe, daß man eine Einkehr auch von dieser Seite hätte erwarten dürfen. Doch weit gefehlt! In Flugblättern und Versammlungen versucht man eine Pogromstimmung gegen die örtlichen und zentralen Vorstände sowie gegen Gewerkschaftskommissionen und AOB. zu erzeugen. Die Quertreiber glauben durch Propagierung und Beschädigung der Weimarer Konferenz eine Zerreißung und teilweise „Eroberung“ der Gewerkschaften zu erreichen. Der Hauptvorstand hat nach § 15b des Verbandsstatuts den Antragsteller und Verfälscher der Delegation zur Weimarer Konferenz und die Propagandisten der wilden Versammlung des graphischen Gewerbes vom Sonnabend, den 24. November, Max Frenkel, Otto Goeb, Joseph Czerny, Paul Lüdicke, Adolf Schuchardt, Otto Koll, Emilie Wöllner, Luise Schallert und Hugo Bröder aus der Organisation ausgeschlossen. Die Durchführung der Maßnahmen des Verbandsvorstandes, die eine Gefundung der Zahlstelle und damit eine erste und zweckmäßige Interessenvertretung der Mitglieder herbeiführen soll, legt uns die Verpflichtung auf, die für heute, Mittwoch, vorgesehene Generalversammlung zu vertagen. Allen Mitgliedern wird nähere Aufklärung durch besondere Publikation gegeben und den Delegierten zur Generalversammlung besondere Einladung zu einer späteren Versammlung zugesandt werden.

Aufbau in der Organisation und die Hingabe für die Arbeiten des Verbandes im Interesse jedes einzelnen Mitgliedes selber sei die Parole!

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Zahlstelle Berlin.
Peter Kasper.

„Unhaltbare Zustände.“

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 552 des „Vorwärts“ am Montag abend veröffentlichten Beschwerde erhielten wir von Herrn Stadtrat Benzke folgende Darlegung:

Die Anwendung der städtischen Tarife auf die Angestellten der Stiftdrucker ist vom Magistrat mehrfach ausdrücklich abgelehnt worden. Die Belohnung erfolgt vielmehr nach Grundzahlen, zu denen die Zuschläge treten, welche jeweilig den Beamten und Angestellten gezahlt werden. Der Magistrat hat jedoch beschlossen, die Bezüge rückwirkend vom 1. Oktober ab zu verdoppeln.

Die Stiftingsanstalten sind bekanntlich durch die Geldentwertung völlig zusammengebrochen. Nur mit Zuschüssen des Magistrats aus dem städtischen Haushalt ist es überhaupt möglich, die Stiftdrucker weiter offenzubehalten, um die alten Leute nicht zu schädigen. Die Zuschüsse können leider eine bestimmte Höhe nicht überschreiten, weil die Mittel dazu fehlen.

Bei aller Würdigung der herrschenden Schwierigkeiten muß doch darauf geachtet werden, daß die auf solchen Posten gestellten Personen nicht total zugrunde gehen. Uns scheint, daß mit dem Beschlusse der Verdoppelung der Bezüge noch wenig getan ist. Mindestens aber muß dafür gesorgt werden, daß die Ausführungen derartiger Beschlüsse nicht erst lange auf sich warten lassen. Es läßt sich manches rechtzeitig besser gestalten, wenn die mit der Verwaltung und Aufsicht betrauten Stellen sich auch die persönlichen Verhältnisse der ihnen unterstellten Angestellten mehr angelegen sein lassen.

Verschärfung im Wiener Metallstreik.

Wie die Blätter melden, haben die Delegierten des Industriellenverbandes neuerlich die Forderungen der Angestellten der Metallindustrie sowie der Metallarbeiter betreffend eine allgemeine Erhöhung der Bezüge und Löhne abgelehnt. Die dadurch hervorgerufene weitere Verschärfung der Lage kommt in einer spätnachts von den Industrieangestellten herausgegebenen Rundgebung zum Ausdruck, die besagt, Oesterreich stehe vor einer der schwersten sozialen Erschütterungen.

Nach einer Mitteilung des „Einzer Tageblatt“ hat eine Konferenz der sozialdemokratischen Betriebsräte und der Vertrauensmänner des Kreises Oberösterreich-Salzburg beschlossen, für den Fall einer neuerlichen Ablehnung der Forderungen des Bundes der Industrieangestellten mit den Wiener Kollegen solidarisch vorzugehen.

Ein eigener Drahtbericht aus Wien, der uns gestern abend zuzug, schildert kurz den augenblicklichen Stand der Bewegung:

Die Organisationen der Metallarbeiter und der Industrieangestellten haben heute den Unternehmern ein bis Freitag mittag befristetes Ultimatum gestellt. Wenn bis dahin eine Einigung nicht erzielt ist, treten Sonnabend früh die 100000 Metallarbeiter und die 20000 Industrieangestellten in den Streik.

Die Löhne in den Metallbetrieben betragen für die Zeit vom 19. bis 25. November in Klasse I 543, Klasse II 532 und in Klasse III 500 Milliarden pro Stunde. Die Akkordpreise erhöhen sich um 94 Prozent.

Die Angestellten erhalten laut Anweisung des Arbeitgeberverbandes in der Preisumschlagbranche das 25fache Oktobergehalt unterjährig ausgezahlt. Im Papier- und Pappeingroßhandel ist bis zum 27. November ein weiterer Vorstoß in Höhe des 15fachen Oktobergehaltes zu zahlen gewesen. Die mit dem Arbeitgeberverband des Buchdruckergewerbes geführten Verhandlungen betreffend Festsetzung der Gehälter für den Monat November auf 1000 Goldmark sind gescheitert. Es ist sofort der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Vom Arbeitgeberverband wurde Anweisung gegeben, daß bis einschließlich 27. November insgesamt 68 Oktobergehälter ausgezahlt sein müssen.

Buchdrucker-Bezirksversammlungen
am Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr.
1. u. 2. Bezirk: Tuchenhofer Bierauschank, großer Saal, Daussestraße 4-6; 3. u. 4. Bezirk: Brauerei Friedberg, kleiner Saal, Am Friedberg 16-18; 5. u. 6. Bezirk: Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelstraße 24-26; 7. u. 8. Bezirk: Buchdruckerei, großer Saal, Fildelstraße 5-7; 9. Bezirk (Kreuzberg): Aula des Kaiser-Friedrich-Hochschulnauens, Kaiser-Friedrich-Str. 205-210. Tagesordnung: Die Situation im Buchdruckgewerbe und die künftigen Organisationsaufgaben.
Wichtig: BODS-Mitglieder und Arbeiter! Die heute nachmittags 5 Uhr bei Altem, Hofstraße, stattfindende Vorstandssitzung muß von allen Parteigenossen besucht werden. Keiner darf fehlen. Der Vorstandsvorsitz.
Deutscher Arbeiterverband, Musikinstrumentenmacher; Wanderverammlung heute 6 Uhr bei Altem, Hofstraße, Tagesordnung: Organisations- und Wanderverammlung. Zutritt nur für Wanderverammlungsglieder des Verbandes. Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Der Geschäftsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe.

In seinem Bericht über das letzte Geschäftsjahr betont der gemeinwirtschaftliche Verband sozialer Baubetriebe, daß die Zeit wirtschafts- und währungspolitischer Zerrüttung zur Gründung neuer Betriebe wenig geeignet war, daß man diese infolgedessen gehemmt und vielmehr auf den Ausbau des Vorhandenen und auf die allgemeine Förderung der Gemeinwirtschaft hinarbeitete. Eine gesunde Grundlage für die Baubewegung schien wichtiger und wertvoller als ein mit unzulänglichen Mitteln schnell hoch betriebener und ein in seinen Fundamenten gefährdeter gemeinwirtschaftlicher Riesenbau.

In organisatorischer Hinsicht wurde das Netz der Bezirksverbände, die sich jetzt über ganz Deutschland ausbreiten, vollendet. Die letzten Gründungen waren der Baubetriebsverband Berlin-Brandenburg und der für Pommern gegründete. Es bestehen jetzt 19 derartige Baubetriebsverbände, die am 1. Juli 1923 über ein Stammkapital im Nennwert von 175,62 Millionen Mark verfügten. Der tatsächliche Wert war selbstverständlich viel höher, der größte Teil davon war in Sachwerten angelegt. Die Organisation ist so ausgestaltet, daß das Hauptunternehmen, der Verband sozialer Baubetriebe und die Tochtergesellschaften, die die einzelnen Baubetriebsverbände vorstellten, sich gegenseitig stark beeinflussen können. Auf diese Weise ist dafür gesorgt, daß jede Erfahrung, jeder wirtschaftliche und technische Fortschritt der Gesamtbewegung zugute kommt. Ueber dem Ganzen stehen die Gewerkschaften als Träger der Bewegung.

Innerhalb der sozialen Baubetriebe hat die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf Kosten der Genossenschaften zugenommen. Die Umwandlung von Genossenschaften in Baubetriebe hat sich unter der ständigen Einwirkung des Verbandes sozialer Baubetriebe vollzogen, der in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung eine festere, demokratischere und den Zwecken eines Produktbetriebes besser angepasste Betriebsform sieht als in der Genossenschaft, und dem es insbesondere auch darum zu tun ist, den Einfluss der Gewerkschaften und der Allgemeinheit auf die Betriebe größer zu machen, als er in den Genossenschaften sein kann. Solange eine mehr oder weniger große Zahl von Genossenschaftsmitgliedern über das Wohl und Wehe eines Betriebes verfügen kann, wird die Gefahr niemals ganz beseitigt sein, daß sich die Privatinteressen der Genossenschaftsmitglieder in dem Betrieb durchsetzen und seine gemeinwirtschaftlichen Zwecke und Ziele gefährden.

Die am Schluß des Jahres 1922 bestehenden 207 sozialen Baubetriebe beschäftigten in der besten Zeit des Jahres 21300 Arbeiter und Angestellte. Das waren etwa 1300 mehr als im Jahre zuvor. Auf einen Betrieb kommen im Durchschnitt rund 100 Arbeiter und Angestellte, eine Ziffer, die das private Baugewerbe nicht im entferntesten aufweisen kann, und die neben der Arbeitsgröße der Baubetriebsarbeiter und -angestellten einer der Hauptgründe für das wirtschaftliche Scheitern unserer Betriebe ist. Die im Jahre 1922 von unseren Betrieben gezahlte Lohn- und Gehaltssumme in Höhe von 2,2 Milliarden Mark gibt heute infolge der eingetretenen Geldentwertung von der Leistungsfähigkeit unserer Betriebe keine Vorstellung mehr. Auch in dem erzielten Jahresumsatz in Höhe von rund 4,6 Milliarden Mark kommt die tatsächliche Leistungsfähigkeit nicht zum Ausdruck. Erwähnt sei aber, daß von dem Gesamtumsatz von 4,6 Milliarden Mark 1,7 Milliarden Mark oder rund 38,5 Prozent auf Bauten öffentlicher Körperschaften und 1,8 Milliarden Mark oder rund 40 Prozent auf Bauten gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften, 0,75 Milliarden Mark oder rund 16 Prozent auf Bauten privater, einschließl. Gewerkschaften und Genossenschaften, und 0,27 Milliarden Mark oder rund 5,5 Prozent auf sonstigen Umsatz entfielen. Rund vier Fünftel des gesamten Umsatzes unserer Betriebe entfielen somit auf Bauten öffentlicher, öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Körperschaften. Doch unsere Betriebe vorwiegend den Zwecken der Kleinwohnungsfürsorge für die minderbemittelten Volksteile dienen, ergibt sich daraus, daß sie schon Ende 1922 mehr als 14000 Kleinwohnungen gebaut hatten, eine Zahl, die sich bis zum Abschluß dieses Berichtes noch bedeutend erhöhte. Die meisten unserer Betriebe haben ihre Aufträge ausschließlich im freien Wettbewerb mit den Privatunternehmern hineingeholt und damit in stärkstem Maße preislegend gewirkt.

Der Bericht geht dann weiter auf die Maßnahmen ein, die zur Verbilligung des Bauens getroffen worden sind. Der Verband hat sich um die Schaffung von Grundlagen für die Wirtschaftlichkeit bemüht und wirkt fortgesetzt auf die angeschlossenen Betriebe ein, daß diese sich allgemein durchsehen. Zur Verbilligung der Baustoffe hat man in eigenen Werken Baustoffe erzeugt und durch Abschluß günstiger Lieferungsverträge solche Baustoffe zu verbilligen gesucht, die in eigenen Werken hergestellt werden konnten. Ueber das Gedeihen der einzelnen Werke wird Bericht erstattet. Auf die Fiktionen des Abchlusses einzugehen, erübrigt sich, da sie infolge der Geldentwertung kein klares Bild von den tatsächlichen Verhältnissen geben. Der Bericht schließt mit folgendem Ausblick:

„Bei Abschluß dieses Geschäftsberichtes sind die Verhältnisse auf dem deutschen Baumarke wie überhaupt in der deutschen Wirtschaft so traurig wie möglich. Zahlreiche Betriebsstilllegungen haben zu einer gewaltigen Arbeitslosigkeit und zu einer ungeheuren Not breiter Volksteile geführt. Das Baugewerbe liegt schon seit Wochen zum guten Teil still. Insbesondere ist der Wohnungsbau infolge Mangels an Mitteln von der Reichsregierung so gut wie stillgelegt worden. Die zurzeit im Gang befindliche Stabilisierung der Währung verbunden mit anderen Maßnahmen wird aber hoffentlich auch die Grundlage für eine Besserung der Baufähigkeit im nächsten Jahre bilden.“

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Schneider; Schulwesen: Dr. John Schillemann; Polizei und Postwesen: Felix Reichardt; Bauwesen: Th. Glaser; Familie in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Betriebs-Verlag und Verlagsanstalt Carl Smirnov & Co. Berlin SW. 6. Lindenstraße 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Gesundheit ist Reichtum, ihre Vernachlässigung zeitigt isotalpige Folgen. Deshalb macht sich zum Beispiel eine hygienisch vollkommene Zahnpflege vielfältig bezahlt, wird auch jedermann ermöglicht durch die maßvolle Preisgestaltung der verblühend wirkenden

ZAHNPASTA NIVODONT

Ebenso tragen Aufwendungen für vorbeugenden Schutz gegen die Ansteckungskrankheiten der rauhen Jahreszeit: Grippe, Diphtherie usw. hohen Nutzen. Solchen Schutz gewähren zuverlässig die auch gegen üblen Mundgeruch sicher wirkenden

CALCIFORM - TABLETTEN

Man bestelle in allen einschlägigen Geschäften auf NIVODONT und CALCIFORM! Und man achte überall auf den Raben!



Ist Rettung in der Ferne?

Uebersicht über die Einwanderungsmöglichkeiten.

Der Weltkrieg ist an keinem Volke spurlos vorübergegangen, darum herrschen nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern, so selbst in den neutralen Staaten heute gegen früher von Grund auf veränderte Verhältnisse. Der Deutsche muß, wenn er vor Schaden bewahrt bleiben will, den ihm angebotenen Wandertrieb gewaltsam zurückdrängen. Dabei richten sich gerade heute die Blicke vieler sehnsüchtig in die Ferne. Die wirtschaftliche Lage ist bei uns so niederdrückend, die Arbeitslosigkeit ist so erschreckend groß, daß heute unsere besten Elemente ans Auswandern denken. Doch muß man immer und immer wieder betonen, daß die Arbeiterklasse als solche nicht auswandern kann, ebensowenig der zusammengewürfelte Mittelstand. Durch besondere Glücksfälle mag der einzelne im Ausland womöglich sein gutes Fortkommen finden, doch wäre es sträflich, aus einem einzelnen Fall Schlufffolgerungen für die Allgemeinheit zu ziehen. Wie es mit den Einwanderungsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern bestellt ist, wird in den nachfolgenden Zeilen unparteiisch geschildert.

Frankreich und England

sind für die Deutschen so gut wie gesperrt. Es liegt auch klar auf der Hand, daß sich kein Deutscher einbilden darf, gerade dort jetzt einen günstigen Boden für eine gesicherte Existenz zu finden.

Oesterreich und Ungarn

machen keine Schwierigkeiten bei der Einreise. In beiden Ländern ist aber die Arbeitsmarktlage sehr ungünstig. Sie können eben auch nicht leben und nicht sterben, doch ist dem einzelnen, der unter günstigen Bedingungen dort eine Stellung findet, von der Einwanderung nicht abzuraten.

Die Tschechoslowakei

erteilt nur eine Einreiseerlaubnis, wenn man den Beweis erbringen kann, daß man im Lande Arbeit gefunden hat. Doch muß die in Frage kommende Gemeinde auch noch die Aufenthaltsgenehmigung erteilen, weil die Wohnungsnot eine sehr große ist.

Jugoslawien

hat seit Anfang des Sommers eine zunehmende Arbeitslosigkeit, so daß ein Zugang nach dort im allgemeinen nicht zu denken ist.

Dänemark, Schweden, Norwegen,

Finnland, Holland, die Schweiz und die baltischen Länder erteilen nur Einreiseerlaubnis, wenn Bedarf an Arbeitskräften vorliegt. Da jedoch in all diesen Ländern Arbeitslosigkeit herrscht, wird die Einwanderungsmöglichkeit einfach illusorisch.

Rußland

scheidet praktisch gänzlich aus. Will man in das große Ostland wandern, dann muß man schon irgendwie verwandtschaftliche Beziehungen nachweisen können oder die Sowjetregierung muß an dem Einwanderer ein persönliches Interesse haben. Auch für Siedlungen kommt Rußland, das muß besonders hervorgehoben werden, fürs erste nicht in Frage.

Nach Spanien

ist die Einreise frei. Die Erwerbsmöglichkeiten sind dort äußerst gering, denn das Land selbst, wie hinlänglich bekannt ist, unter innerpolitischen Unruhen. Doch wenn jemand durch Zufall dort Arbeitsgelegenheit findet, so ist ihm nicht abzuraten, denn das spanische Volk ist dem Deutschen freundlich gesonnen.

In Italien

ist die Einreise frei. Es ist dort aber schwer, einen ausreichenden Erwerb zu finden und man darf eigentlich nur die Reise antreten, wenn man schon hier einen festen Arbeitsvertrag in der Hand hat und zudem auch noch über Barmittel verfügt.

Griechenland

erteilt bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages ein Visum. Er herrscht dort Arbeitslosigkeit und die politischen Verhältnisse des Landes sind an und für sich noch sehr ungeklärt.

Rumänien

bietet in vereinzelt Fällen Beschäftigungsmöglichkeiten für gelernte Arbeiter, erteilt aber immer nur ein Visum für 30 Tage. Der Eingewanderte muß also stets mit der Möglichkeit der Ausweisung rechnen.

Die Türkei

war, als die Entente noch in Konstantinopel herrschte, für Deutsche verboten. Jetzt ist die Einreise frei, aber ein Bedarf an Menschenmaterial ist nicht vorhanden.

Afghanistan

suchte Ärzte, Lehrer, Ingenieure und Handwerker. Es hat seinen Bedarf genügend aufgefüllt. Die Bedingungen waren keine günstigen und die Ausgewanderten haben kontraktlich nicht genügende Sicherheiten, sobald sie erkrankten.

Nordamerika

gestattet die Einreiseerlaubnis nur gegen Bürgschaft. Kontrollarbeiter, Künstler ausgenommen, werden nicht gelandet. Man darf also keinen Arbeitsvertrag haben, wenn man nach Nordamerika auswandern will. Die Anstellungsmöglichkeiten sind im Lande gering. Landarbeiter werden in gewissen Gegenden gesucht. Ungelernte und angelehrte Arbeiter finden vielleicht Unterkommen, die gehobenen Stellungen aber reserviert der Amerikaner schon für sich.

Südamerika

gestattet die Einwanderung. Es bleibt jedoch ein großes Risiko, ohne Aussicht auf feste Tätigkeit dorthin zu reisen. Während der Ernte gebraucht man Arbeiter, die später wieder entlassen werden. Argentinien gestattet die Einwanderung nur noch Landwirten und solchen Personen, die eine feste Anstellung oder zwei Bürgen nachweisen.

In Britisch-Indien

ist den Deutschen die Einreise verboten. — In Niederländisch-Indien ist die Einreise frei, aber mit Unkosten verknüpft. Die Plantagen sind teilweise bis zu 50 Proz. geschlossen und selbst Ingenieure und Techniker, die die Regierung dorthin holte, sind entlassen worden.

Ägypten

hat das Einreiseverbot für Deutsche aufgehoben, aber da sich im Pharaonenlande noch keine deutschen Firmen aufgemacht haben — nicht einmal ein Sineser ist vertreten —, kann man praktisch mit der Einreiseerlaubnis nicht viel anfangen.

Australien, Neuseeland

und die Südsee-Inseln sind den Deutschen verboten. Auch sind die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika gegenwärtig für die Deutschen ein verbotenes Paradies. Die portugiesischen afrikanischen Kolonien lassen eine Anzahl von Deutschen zu.

In Südafrika

herrscht große Arbeitslosigkeit. Man ist dort dem Deutschen gegenüber nicht abgeneigt und hat volles Verständnis für den Wert der deutschen Arbeitskraft. Also dürfen wir uns vielleicht mit Zukunftshoffnungen tragen.

In China und Japan

ist die Einreise frei. Doch haben beide Länder ungemein tüchtige Handwerker, die so anspruchslos sind und so billig arbeiten, wie der Deutsche bei seinen ganz anderen Lebensbedingungen es nie und nimmer kann. Zudem haben beide Länder einen Bevölkerungsüberschuß, so daß selbst Japan bei seinem Wiederaufbau seiner fremden Hände und Köpfe bedarf.

Wir sehen, daß also überall in der Welt die guten Futterplätze besetzt sind. Uns bleibt nur übrig, mit festem Willen in unserem eigenen Lande solche Verhältnisse zu schaffen, die der Allgemeinheit,

dem arbeitenden Volke, ein menschenwürdiges Auskommen sichern. Vor jeder Auswanderung aufs Geratewohl, d. h. ohne festen Anstellungsvertrag, kann jedenfalls nicht dringend genug gewarnt werden. Und kein Auswanderungswilliger sollte versäumen, sich vor der Ausreise vom Reichswanderungsamt über die Lohn-, Arbeits- und sonstigen Verhältnisse des Ziellandes sowie namentlich auch bezüglich des Arbeitsvertrages beraten zu lassen.

Hauswirt und Mieter.

Der Amtsrichter: Nun, Herr Hauswirt, seien Sie friedlich und lassen Sie mit sich reden. Die besagten fünf Mieter haben doch früher jahrelang pünktlich ihre Miete bezahlt und sind jetzt arbeitslos.

Der Hauswirt: Mein Geld will ich haben. Wovon soll ich denn leben? Die fünf Besagten beziehen sämtlich Erwerbslosenunterstützung und leben besser als ich.

Der Amtsrichter: Na, hören Sie mal, vom Hause allein kann und soll doch heute keiner leben. Die Besagten haben doch, wie Sie in der Lage angeben, immer Teilzahlungen geleistet... Stimmt's? So hoch sind Erwerbslosenunterstützungen nicht, daß man davon die ganze Miete und die ganze übrige Lebenshaltung bezahlen kann...

Der Vorsitzende der Mieter: Herr Amtsgerichtsrat, unser Hauswirt ist ja als Kaufmann selbst erwerbslos und erhält auch die gesetzliche Geldunterstützung. Da müßte er doch wissen, wie weit man mit diesem Gelde kommt. (Bewegung im Publikum.)

Der Amtsrichter: Das ändert die Sachlage. Sie haben sich also sozusagen gegenseitig nichts vorzuweisen. Beide Parteien ziehen am gleichen Strang, sind Opfer der gleichen Notlage. Ja, wissen Sie, die heutigen Formen der riesengroßen Arbeitslosigkeit sind doch auch so eine Art bösserer Gewalt. Die Besagten sind keine böswilligen Zahlungsverweigerer. Sie haben den guten Willen gezeigt, zu zahlen... Ich werde die Klage abweisen, wenn Sie nicht mit weiteren Teilzahlungen zufrieden sind.

Der Vorsitzende der Besagten fällt vom Stuhl. Er war wegen Mangel an Arbeit eingeschlafen und hat nur geträumt von einem Rechtspruch, wie er sein sollte. Morgen wird das Gericht ihn und die anderen vier Mieter zur Zahlung verurteilen. Das Gericht tanzt auf dem Kreidestrich des Gesetzes, und im Geleg sieht kein Wort von sozialer Rücksichtnahme. Also zahlen! Sonst plündert dir der Gerichtsvollzieher die Möbel weg.

Verteuerung des städtischen Gefrierfleisches.

Der Preis des von der Stadt verkauften Gefrierfleisches ist am Sonnabend von bisher 600 Milliarden Mark plötzlich auf 1800 Milliarden Mark erhöht worden. Infolgedessen hat die Sozialdemokratische Stadtoberordnetenfraktion an den Magistrat folgende dringende Anfrage gerichtet: „Durch einstimmigen Beschluß der Stadtoberordnetenversammlung ist der Magistrat ersucht worden, die Einrichtungen für den Verkauf von Gefrierfleisch zu erweitern. Statt diesem Erlauchen nachzukommen, hat der Magistrat den Preis für das Gefrierfleisch sehr erheblich erhöht. Wir bitten um Auskunft über die Gründe, die dem Magistrat zu seiner Maßnahme veranlaßt haben.“

Der Frauenmord in der Romintener Straße.

Zu dem Frauenmord in der Romintener Straße wird mitgeteilt, daß von dem Täter noch keine Spur gefunden ist. Frau Dohloff, der mit ihren Angehörigen die Wohnung zu eng geworden war, wollte tauschen und hatte dementsprechend einen Ausschlag gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mörder sich in der Wüste eines Landlichliebhabers bei ihr eingefunden, die Gelegenheit ausgenutzt und entweder nach einem vorbereiteten Plane oder auch bei dem ersten Besuche das Verbrechen ausgeführt hat. Einige Bewerber um die Wohnung sind bereits ermittelt, kommen aber nicht in Betracht. Es sind aber noch mehr da gewesen, und nach den Äußerungen wird noch geforscht. Geroubt sind Kleiderstücke und Wäsche von allen Angehörigen. Die einzelnen Stücke müssen aber noch genauer festgelegt werden. Um vielleicht doch noch irgend eine Spur zu finden, veranlaßt die Nordkommission noch einmal eine gründliche Ortsbefragung.

Copyright Georg Müller, München.

Die Losoffischer.

Roman von Johan Vöjer.

Und nun begannen die Männer sich anzusehen. Dieser Schnaps gab den Kameraden ein neues Gesicht, das sie noch nicht ganz so gut kannten.

Henrik Rabben mochte keinen Schnaps, aber er war kein Spielverderber. „Schenke den anderen erst ein,“ sagte er, „ich für mein Teil bin mehr für einen Kaffeepunsch!“

„Einen Punsch!“ rief Klezeus von der Britsche herab und blickte nach unten.

„Einen Kaffeedoktor?“ meinst du!“

„Ja, denn es Doktor oder Hebamme, wie du magst!“ lächelte Henrik. „Dann mach uns eine Hebamme, und zwar eine gute!“

„Ja, ja, dafür war Henrik der rechte Mann. Und jetzt stand er schon am Kaffeetisch und begann sein Werk, und er mußte Zucker haben, und er goß aus der Flasche dazu, rührte um, kostete und teilte dann an alle Punsch aus.“

Er wirkte wie ein Apostel des guten Getränks. „Probiert das einmal,“ sagte er. „Profit, gute Beute.“ Und selbst für Art Asan wurde die Versuchung zu groß. „Profit,“ sagte er auch und setzte die Tasse an den Mund.

„Das ist recht,“ sagte Raneles, „es ist ja auch das Beste, du übst dich beizeiten, — denn bald kommt die Reihe an dich!“

Jetzt stehen die Männer ihre Arbeit liegen und rüsten an den Tisch. Der graue Alttag, die graue Arbeit, das graue Beisammensein in der Hütte, — das alles bekam einen Lichtstreich, etwas Feiertägliches wie auf der Hochzeit. Pfeifen wurden angezündet.

Zuerst begannen sie sich zu reden, und Raneles nahm sich noch einmal Art Asan vor. „Ist es wahr, daß deine Alte sich Feiertags rasiert, — mit Pinsel und Messer?“ sagte er.

Art sperrte den Mund auf. „Rasiert — Gurina?“

„Ja, Freundschaft, sie hat Alttag doch Stoppeln im Gesicht, aber Feiertags nie!“ Raneles schwang sich auf den Tischrand und baumelte mit den Weinen.

Die meisten sahen Art an und blieben ernst. Aber endlich biß er um sich.

„Und alle deine Kindsmütter!“ sagte er. Rasieren die sich, oder zwingt dich der Lensmann, es zu tun?“

*) Gemisch von Kaffee und Brammein.

Das stopfte dem Burschen für eine Weile den Mund. Denn das war leider die Wahrheit. Der Pfarrer hatte die schlechte Angewohnheit, Raneles als Vater ins Kirchenbuch einzutragen, so oft ein Mädchen bei ihnen in der Gegend ein Kind bekam.

Aber Henrik Rabben sagte wieder „Profit!“ und brachte das Gespräch auf etwas anderes. „Hört einmal zu,“ sagte er. Und nun begann er von dem Buch über die kleinen Hausgärten zu erzählen.

Da sahen sie ihn an und hörten zu.

Schon der Gedanke an einen Garten entrollte, während sie hier in Frost und Schnee auf einer nackten Klippe im Meere saßen, vor ihren Augen Bilder von Frühling, grünen Wäldern, Sonnenschein. „Es ist ein Fehler,“ sagte Henrik, „daß nicht jeder, der ein Haus hat, auch ein Stück Gartenland mit Bäumen und Obststräuchern besitzt. Denn es ist nicht leicht, da zufrieden zu sein, wo es nicht schön ist.“ Aber im Frühling, wenn sie wieder heimkämen, dann wollte er ihnen Anleitung geben, so weit er nur könne. „Profit, Leute!“

Kristaver kniff die Augen zusammen und sah diesen Mann an, aus dem er nie so recht klug wurde. Er konnte nichts dafür, aber er hatte ihn weniger gern, seit er es abgelehnt hatte, als vollberechtigter Teilhaber mitzufahren, nur weil es nicht von Anfang an so verabredet worden war. Kristaver war es kein angenehmer Gedanke, zu seinem eigenen Halbpantmann aufsehen zu müssen.

Aber die Lür tut sich auf, und herein kommt ein seltener Gast, Andreas Ekra. Der Führer des „Sturmvoegels“ war klein, aber kräftig, er hatte eine rote Zipseimühe auf dem Kopf und einen gelben Bartbüschel unter dem Kinn. „Guten Abend,“ grüßte er, „Gottes Segen!“

Raum sah er, so stand Vars auch schon mit einem Schnaps vor ihm, und dann mußte er sich mit an den Tisch setzen und Punsch trinken. Dieser Lollkopf auf See ging an Land mit einem verlegenen Lächeln umher; es war, als ständen alle himmelhoch über ihm; aber wartet! Wenn er nur erst wieder ins Boot kam! Jetzt zog er eine zerknüllte Zeitung hervor und bat Vars, ihm vorzulesen. Es war das „Morgengrauen“ und es war ganz großartig, wie diese Zeitung alles ausschimpfte, was vornehme Herren hieß.

Vars stand bei der Lampe und las. Sie schwiegen. Sie hörten alle zu. Alle diese großen Herren, — Pfarrer, Hardschöge, Lensmänner, Offiziere, vor denen sie auf der Straße die Mühe ziehen mußten, — hier kriegten sie ihr Teil! Sie kriegten ihr Teil in jeder Nummer des „Morgengrauens“, des-

halb taten sich die Männer in den Fischerplätzen zusammen und hielten das Blatt gemeinsam.

Nach der Vorlesung sagte Henrik Rabben: „Aber die Zeitung vergift etwas.“

Sie sahen ihn an. War ihm dies noch nicht genug?

Henrik lächelte, strich sich den Bart und fügte hinzu: „Das Blatt vergift, daß das Blut mit den kleinen Leuten besudelt ist. Ihr werdet mir nie und nimmer einreden, daß ihr soviel tüchtigere Kerle sein würdet, wenn ihr das Geld der großen Herren hättet. Profit, Leute!“

Einer von der Besatzung war nicht zugegen, und das war Per Suzanja. Aber jetzt kam er im Mondschein aus einem Hause auf dem äußersten Berggipfel heraus, dessen eines Fenster erleuchtet war. Das war das Krankenhaus. Hier behandelte der Doktor alle die Fischer, die sich die Hand an einer Angel verletzt hatten, die einen verdorbenen Magen oder erfrorene Finger und Zehen hatten. Das alles war sehr einfach, aber mit dem Alten, der jetzt eben seiner Wege ging, mit Per Suzanja, war es nicht so einfach.

Per ging dahin, unter den Füßen knirschte der Schnee, aber in den Ohren sauste es immerfort: Ausah.

Dieses Geschwür hinter dem Ohr, das nicht heilen wollte, hatte der Doktor schon lange beobachtet. Aber nun war er darüber nicht mehr im Zweifel.

„Du hast auf See zuviel gefressen und gelitten!“ sagte er. „Jetzt mußt du nach Hause fahren und dich ins Stiff begeben, mein alter Freund!“

Wegreisen von den Kameraden — wenn auf dem Meer- leuchten kein anderer brauchbarer Führer war! Per bettelte so lange, bis der Doktor nachgab und ihm erlaubte, noch die ganze Fangzeit hierzubleiben. Wenn er verspräche, sich so und so zu verhalten, so sollte die Krankheit solange zwischen ihnen beiden ein Geheimnis bleiben.

Jetzt aber stand Per hier draußen im Mondschein und blickte über das Meer hin, das so ruhig wogend dalag, als gebe es keine Menschen, denen es schlecht geht.

„Der letzte Winter, Per. Mit dir ist es aus. Du kommst nie wieder nach dem Losot! Du weißt, wie es dir ergehen wird. Du verkaufst bei lebendigem Leibe. Du wirst so, daß den Leuten vor dir graust. Deine eigenen Kinder — fürchten sich vor dir... so soll es dir ergehen!“

Und der alte Bootsführer ließ den Kopf sinken und stand nach eine Weile da und starrte auf das ruhige Meer im Mondschein hinaus.

(Fortf. folgt.)

